

# Die Europapolitik in der wissenschaftlichen Debatte

Darius Ribbe/Wolfgang Wessels

Die Europäische Union befindet sich in einer Phase des Umbruchs und zeitgleich im unruhigen Fahrwasser. Die Wahlen zum Europäischen Parlament mit einer möglichen Stärkung europaskeptischer Parteien werfen ebenso ihre Schatten voraus wie das Ausscheiden Großbritanniens aus der Union. Schon jetzt sind die zunehmende Politisierung sowie die Konflikte um einheitliche Europäische Positionen in Kernfragen zentrale Herausforderungen für die EU der 27. Dabei müssen auch wissenschaftliche Analysen neue Lösungswege für aktuelle Probleme und Analyseinstrumente für neue Phänomene finden. Veränderte Rahmenbedingungen erfordern angepasste theoretische Grundlagen und regen eine Grundsatzzdebatte im Bereich der Integrationstheorien an. Die Phänomene der Desintegration und der Abbauflexibilisierung setzen etablierte Methoden und Konzepte einem Anpassungsdruck aus, der zur Entwicklung neuer Lösungswege und Forschungsagenden führt. Neue Ansätze stellen sich bestehenden entgegen, oder bauen auf ihnen auf, divergierende Zukunftsvisionen und Strategien werden verglichen und gegeneinander abgewogen. Dabei ergänzen historische Analysen die zeitgenössischen Debatten und geben wichtige Impulse für das Verständnis europäischer Sachverhalte und wissenschaftlicher Diskurse.

Im Rahmen übergeordneter politischer Entwicklungen legen Kauppi und Wiesner (2018) eine Meta-Studie zur Politisierung europäischer Politik vor. Dabei stellen sie die klassische Verbindung von Politik und Politisierung heraus, welche im aktuellen politischen Disput aufgelöst worden sei (ebd. S. 232). Am Fallbeispiel der Krise des Schengen-Raumes diskutieren Börzel und Risse (2018, S. 84), wie diese Politisierung zu steigenden, schwerer zu lösenden Konflikten innerhalb europäischer Politik führt und die bisher vorherrschenden Integrationstheorien – liberaler Intergouvernementalismus, Neofunktionalismus und Postfunktionalismus – an die Grenzen ihrer Erklärungskraft bringe. Dem entgegen stellt Schimmelfennig (2018b, S. 969) einen neofunktionalistischen Erklärungsansatz, indem er die Integrationsblockade der Schengen-Krise anerkennt, diese jedoch in Bezug zur – aus der Eurokrise entstandenen – Vertiefung setzt. Damit wendet er sich vom postfunktionalistischen Politisierungsargument, welches impliziert, dass mit zunehmender Politisierung Integration unwahrscheinlicher wird, ab und betont die Einbettung schrittweiser europäischer Integration auch in Krisenzeiten (ebd. S. 986). Genschel und Jachtenfuchs (2018) stellen aus ihrer Analyseperspektive fest, dass der Neofunktionalismus die Besonderheit der aktuellen europäischen Krisen verkenne, indem er den Unterschied zwischen Binnenmarktintegration und der Integration von Kern-Politikfeldern vernachlässige. Mit ihrem Fokus auf nationalen, politischen Null-Summenspielen zur Integration in Krisenzeiten reihen sie sich in den erweiterten Kontext der postfunktionalistischen Politisierungstheorie ein. Moravcsik (2018, S. 1648) argumentiert hingegen, der liberale Intergouvernementalismus sei noch immer eine grundlegende Theorie zur Erklärung europäischer Integration und stellt die Vorteile von Mikro-Analysen heraus. Die unterschiedlichen Perspektiven und Ansätze vereinigend betrachten Hooghe und Marks (2018, S. 1) die Aussagekraft der drei großen Integrationstheorien in Bezug auf die „Euro-

krise, die Migrationskrise, den Brexit und verstärkt auftretenden Illiberalismus“. Dabei folgern die AutorInnen, dass alle Ansätze eigene SchlüsselakteurInnen, Arenen und Kausalzusammenhänge betrachten, die in ihrem jeweiligen Fokus starke Aussagekraft besitzen (ebd. S. 18). Jede der Theorien liefere einen speziellen wissenschaftlichen Erkenntniswert.

### **Zukunftsvisionen und Strategien**

Im politischen und wissenschaftlichen Diskurs nehmen die Reformdebatten eine herausgehobene Stellung ein. Die Vorschläge und Konzepte politischer Führungspersonlichkeiten liefern einen Rahmen zur Diskussion, wissenschaftlich analysierte Defizite sind Basis für theoriegestützte Handlungsempfehlungen. So fokussiert sich die Europäische Kommission (2018b) auf die Vorschläge und Konzepte von Jean-Claude Juncker, Angela Merkel und Emmanuel Macron und vergleicht diese. Sie stellt bei aller Gemeinsamkeit in der Zielsetzung für eine bessere Zukunft der – und in der – Europäischen Union die nuancierten Unterschiede heraus. In diesem Zusammenhang ziehen vor allem die Positionen des französischen Präsidenten, der mit Reformvorschlägen und einer pro-europäischen Grundhaltung argumentiert, die politikwissenschaftliche Aufmerksamkeit auf sich. Thomas (2018, S. 128) stellt einen „Paradigmenwechsel“ im französischen Europa-Diskurs fest und hebt die symbolträchtigen Reden Macrons hervor, die für Deutschland und Europa „eine Chance und eine Herausforderung“ (ebd. S. 139) darstellten.

Demertzis, Pisani-Ferry, Sapir, Wieser und Wolff (2018, S. 1) argumentieren auf Grundlage ihrer Analysen für verstärkte Differenzierung der EU und sprechen sich, in Anlehnung an das dritte Szenario des Weißbuchs der Europäischen Kommission (2017), für ein „Europa der Clubs“ (Demertzis et al. 2018, S. 7) aus. Ähnlich sehen Klein, Plotka und Tittel (2018, S. 166) die Möglichkeit vertiefter Integration durch eine integrative Avantgarde über „alle Politikbereiche“. Mickonytė (2018, S. 5) sieht in den jüngsten Auseinandersetzungen zwischen der EU-Rechtsstaatlichkeit und Ungarn beziehungsweise Polen ein Indiz für die drastische Spaltung der Union, die nur durch eine neue, ambitionierte Reform der Europäischen Union aufgelöst werden könne.

Becker (2018, S. 5) befasst sich mit der „viel diskutierten“ Transferunion, für deren Existenz es zur Zeit zwar keine empirische Grundlage gebe, er zeigt aber dennoch den Bedarf weiterer Transferinstrumente durch die bereits erfolgte Integrationstiefe auf.

### **Neuere Analyseansätze**

Mit den sich wandelnden Herausforderungen im europäischen System und den veränderten Rahmenbedingungen sowie den nach wie vor anhaltenden Auswirkungen der europäischen Krisen, entwickeln WissenschaftlerInnen neue Analyseinstrumente und stellen neue Aspekte in den Mittelpunkt ihrer Forschung. Börzel (2018a) betrachtet die allgemeine Krise europäischen Regierens und stellt diese in den Zusammenhang der theoretischen Debatten um die institutionelle Balance in der Europäischen Union. Dabei fänden sich in der theoretischen Auseinandersetzung sowohl Argumente für eine Stärkung der supranationalen Institutionen als auch Anzeichen für einen Kompetenztransfer durch funktionale spill-over (ebd. S. 5). Um die aktuelle Krise der Union aus einer weiteren Forschungsperspektive heraus zu betrachten, plädiert sie daher für einen ‚turn‘ (ebd. S. 20) in den EU-Studien mit dem Ziel, neue Formen des Regierens zu entwerfen, die sowohl den Anforderungen der Krisen, als auch der demokratischen Legitimation gerecht werden. Lavenex (2018) argumentiert auf der Grundlage bestehender Integrationstheorien für eine Erweiterung des

Analyse-Rahmens und die Integration von qualitativen Variablen zu Messung der Substanz europäischer Integration. Dabei baut sie ihre Methodik auf einem AkteurInnen-zentrierten Ansatz des Institutionalismus und der Organisationstheorie auf (ebd. S. 1195). Kreuder-Sonnen (2018) verbleibt im Rahmen bestehender Ansätze, plädiert aber für einen verstärkten Fokus auf Autoritarismus und demokratische Legitimation im Kontext eines „autoritären turns“, den er in der Union feststellt. Hierbei gelte es, die Dynamiken zwischen den Integrationsformen und den nationalen Politiken neu zu denken (ebd. S. 452). Wasserfallen (2018) stellt in einem Kapitel das Feld der Politikdiffusions-Literatur vor und führt diese mit der Analyse europäischer Politikgestaltung zusammen. Dabei erwiesen sich die Strukturen europäischen Regierens als ideales Setting für eine Anwendung der Methoden und das Testen der theoretischen Annahmen (ebd. S. 622).

### **„Brexit“ – Annäherungen an eine Unbekannte**

Der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union bleibt ein bestimmendes Thema in der akademischen Auseinandersetzung mit europäischer Politik und zugleich eine große Unbekannte. Die Unklarheit im Zusammenhang mit den Brexit-Verhandlungen regt die akademische Auseinandersetzung zur Bildung unterschiedlicher Szenarien an, die eine Annäherung an den britischen Austritt aus der EU erlauben. Nach wie vor legen PolitikwissenschaftlerInnen auch ihre Aufarbeitungen der Entscheidung zum Austritt aus der Europäischen Union vor. Clarke, Goodwin und Whiteley (2017) analysieren die Kampagnen zum Austritt umfassend, indem sie unter anderem Argumentationslinien vergleichen und deren Entwicklung nachzeichnen. Vasilopoulou und Keith (2018) entwerfen anhand von Umfragedaten Typologien von Europhilen und EuroskeptikerInnen in Großbritannien, die die Motivationen zur Abstimmungen reflektieren. Bulmer und Quaglia (2018, S. 1096) merken in ihrer Ausführung zur Politik und Ökonomie des britischen Austritts aus der EU an, dass die Austrittsverhandlungen mit dem Vereinigten Königreich zu einer krisenbehafteten Zeit der Europäischen Union weitere Anstrengungen abverlangen. Dabei stellen sie unterschiedliche AutorInnen und ihre Analysen zum bevorstehenden Austritt des Vereinigten Königreichs vor und führen die verschiedenen Ergebnisse zu einem allgemeinen Krisennarrativ zusammen.

Curtice (2018, S. 29) analysiert die nun im Wandel befindliche Stimmungslage im Vereinigten Königreich, in dem die Zahl der Menschen, die sich für einen Verbleib in der EU aussprechen, steigt, obwohl nach wie vor eine Mehrheit für die Begrenzung der Personalfreizügigkeit sei. Was sich jedoch deutlich zeige, sei die Bedeutung der wirtschaftlichen Erwartungen an den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU, was die Verhandlungen in diesem Politikfeld mit besonderer Bedeutung ausstatte. Ähnlich argumentiert Portes (2018, S. 32), der ein Scheitern der Brexit-Verhandlungen und einen resultierenden „harten Brexit“ ob der hohen Kosten als unwahrscheinlich einstuft. In ähnlichem Zusammenhang verweist Usherwood (2018, S. 14) auf die Herausforderungen und Kosten des Übergangs und der laufenden Verhandlungen, welche gerade in Nord-Irland für Unsicherheit sorgten.

Mit den parlamentarischen Prozessen zum Beschluss eines Austrittsvertrages befassen sich Bevington, Caird und Wager (2018), die die einzelnen Schritte und Abstimmungen zum Austritt des Vereinigten Königreichs detailliert aufzeichnen und unterschiedliche Szenarien entwerfen. Aus juristischer Sicht nähert sich Polak (2018, Abschnitt III) der Frage, ob der Austrittsvertrag einer Stellungnahme des Gerichtshofes der EU untersteht, und findet eine positive Antwort, obgleich politische Überlegungen den Gerichtshof diese

Chance kosten könnten. Jäger (2018, S. 1) kommt über eine politikwissenschaftliche Analyse zu dem Schluss, dass Artikel 50 EUV dringenden Reformbedarf aufweise, um die bestehenden Unklarheiten und populistische Angriffsfläche zu verringern und die „gelebte Praxis“ besser abzubilden.

Nach einer ersten Phase allgemeiner Arbeiten zum Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU wurden zunehmend spezielle Studien zu einzelnen Politikbereichen oder Tätigkeitsfeldern der Europäischen Union erarbeitet, die zum Gesamtverständnis dieser einschneidenden Entwicklung beitragen. So liegen Studien zu Nahrungsmittelsicherheit (Watson et al. 2018), Nahrungsmittelpreisen (Seferedi et al. 2018) und gesundheitlichen Auswirkungen, zum internationalen Wettbewerb (Cantone/Staning 2018), zur Energie-Infrastruktur (Obschonka et al. 2018) und Umweltsicherheit (Black 2018), zum Transportwesen (Russinova 2018) und zur „Global Health“ (Greenwood 2018) vor. Den Einfluss des britischen Austritts aus der EU auf die europäische Außenpolitik nimmt Henökl (2018) in den Fokus. In Anlehnung an drei Szenarien der weiterführenden Kooperation zwischen Großbritannien und der Union leitet er unter Zuhilfenahme des Theorieansatzes der regionalen Desintegration ein fallbasiertes Kooperationsmodell ab (ebd. S. 69). Eine solche Kooperation, die von Fall zu Fall neu vereinbart werden müsse, ginge dann jedoch auf Kosten europäischen und britischen Einflusses im internationalen System (ebd. S. 71). Diese beispielhafte Aufzählung verdeutlicht den Querschnittscharakter des britischen EU-Austritts und seine vielfältigen Auswirkungen.

### **Wahlen zum Europäischen Parlament**

Die Salienz europapolitischer Themen in den nationalen Parteien ist Thema bei Gross, Chiru und Adascalitei (2018, S. 12), die zeigen, dass der Umfang europäischer Themen in Parteiprogrammen abnimmt, wenn Europäische Wahlen kurz bevor stehen, oder gerade vergangen sind. Die nationalen Parteien verschließen sich konkreter europäischer Politik. Igrutinović (2018, S. 6) bespricht die Themensetzung der Parteien für den kommenden Europawahlkampf, die er im Bereich der „ökonomischen Leistungsfähigkeit, Zukunftsvisionen der EU, Sicherheit und Identität“ verortet. Zudem attestiert Hrbek (2018, S. 155), dass sich die europäische Parteienlandschaft weiter fragmentiert, obgleich auch neue Bündnisse schnell die Anerkennung als europäische Partei suchten, um eine entsprechende Finanzierung zu erhalten. Dinas und Riera (2018, S. 469) stellen durch ihre empirische Arbeit fest, dass europäische Wahlen einen negativen Effekt auf die Unterstützung von Volksparteien haben. Dies steht im Zusammenhang zur Arbeit Schulte-Cloos' (2018, S. 418, 421), die zeigt, dass gerade neue, europakritische Parteien einen strukturellen Vorteil bei den Wahlen zum Europäischen Parlament haben. So stellt auch F. Schmidt (2018) fest, dass die Wahlen zum Europäischen Parlament Parteien zu europakritischen Positionen anregen, die sich nicht aus der internen Kommunikation und Ideologie herleiten ließen. Dies verweise auf eine strategische Nutzung der Charakteristika europäischer Wahlen. Eine allgemeinere Arbeit zu europäischen Wahlen legt Schakel (2018, S. 687) vor, indem er den Einfluss zunehmender Regionalisierung auf die europäische Wahlarena betrachtet. „spillover“ von regionaler auf europäische Ebene feststellt und die gängigen Analysemodelle um die Perspektive eines Multi-Level-Parteiensystems erweitert.

## **Lehrbücher und Standardwerke**

Auch in den Jahren 2017 bis 2018 werden eine Reihe von Standardwerken neu oder erstmalig aufgelegt, die sowohl zum Einstieg in das Studium der europäischen Politik als auch zur gezielten Vertiefung dominierender Politikfelder beitragen können.

Im großen Themenfeld des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU geben Diamond, Nedergaard und Rosamund (2018) ein ausführliches Werk zu den Politiken des britischen EU-Austritts heraus, in dem sie unterschiedliche AutorInnen zu den drängenden Fragen Stellung beziehen lassen. Dabei werden die Verknüpfungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union für jeden Themenbereich aufgearbeitet, Interessen aufgezeigt und die Effekte möglicher Szenarien diskutiert. Costa und Brack (2019) bringen ihr Werk zum alltäglichen politischen Handeln innerhalb der Europäischen Union mit besonderem Augenmerk auf Entscheidungsverfahren und dem Zusammenwirken der Union mit anderen AkteurInnen in zweiter, aktualisierter Auflage heraus. Ebenfalls einen Fokus auf politisches Handeln innerhalb der Europäischen Union legt das in 7. aktualisierter Auflage erschienene Buch „Politics in Europe“ (Hancock et al. 2018). Allerdings setzt Hancock einen methodisch Schwerpunkt im Vergleich des politischen Systems und der Politikgestaltung in der Union mit ausgewählten Nationalstaaten.

Im Rahmen der Reihe Oxford Handbücher legt Rydgren (2018) einen Sammelband zur Politischen Rechten vor, in dem auch die europaskeptischen Tendenzen radikaler Rechter thematisiert werden. Vaasilopoulou widmet sich in ihrem Kapitel dieser Verknüpfung und beleuchtet den europakritischen Diskurs in nationalen, rechten Parteien. Die Rechtsordnung der Europäischen Union wird in aktualisierter Auflage von Bieber, Epiney, Haag und Kotzur (2019) juristisch analysiert und in Bezug zur Politik der Union gesetzt. Einen vertieften Blick aus den Mitgliedstaaten Norwegen, Island, der Türkei und der Schweiz liefern diverse nationale AutorInnen in Kaeding, Pollack und Schmidt (2018): „The Future of Europe“. Die Herausgeber bringen eine Vielzahl an nationalen Perspektiven zusammen und decken so sowohl den europäischen Kern sowie die politische Peripherie ab. Darüber hinaus werden auch die öffentliche(n) Verwaltung(en) in der Europäischen Union auf den unterschiedlichen Ebenen von Ongaro und Van Thiel (2018) ausführlich dargestellt und vergleichende Analysen zwischen den nationalen Verwaltungen gezogen. Mit dem Handbuch Staat schließt Voigt (2018) eine staatstheoretische Forschungslücke im deutschsprachigen Raum und fasst die Analysen diverser AutorInnen zu diesem breiten – auch politikwissenschaftlichen – Feld zusammen. Mit einem eigenen Kapitel zur Europäischen Union geben die Autoren Wessels und Wolters (2018a) einen Einblick in die Zielsetzungen und Entwicklungen der Union, um die aktuellen politischen Realitäten fassbar zu machen.

## **Die europäischen Institutionen**

Zu den europäischen Institutionen liegen unterschiedliche Arbeiten vor, die zum Teil übergeordnete Entwicklungen diskutieren, oder sich mit den Wirkmechanismen in den Institutionen oder im interinstitutionellen Gefüge auseinandersetzen. Die Europäische Kommission (2018a) zieht eine Bilanz der Kommission Juncker und gibt einen Ausblick auf zukünftige Herausforderungen, für die Zeit nach den Wahlen zum Europäischen Parlament. Auch Bürgin (2018, S. 837) zieht eine Bilanz der Präsidentschaft Juncker, er schlussfolgert, dass die organisatorischen Reformen (StellvertreterInnen, politische Kommission) die Stellung des Kommissionspräsidenten innerhalb der Europäischen Kommission und innerhalb des EU-Systems gestärkt haben. Abstrakter stellt Van Esch (2017, S. 224) eigene Analyseparameter zur Erfassung legitimer Führung in Mehrebenen-

systemen auf und wendet diese auf die Staats- und Regierungschefs in Krisenzeiten, als besonders deutliches Beispiel für lösungsorientierte Führung, an. Dabei setzt er vier Vektoren der Legitimation an (Wahlen, Expertise, Ideologie und Gruppenidentifikation) (ebd. S. 225), nach denen er die Problemlösungsansätze ausgewählter Staats- und RegierungschefInnen im Europäischen Rat kategorisiert. Der Europäische Rat, als Schlüsselinstitution der Europäischen Union, zeigt hier seinen Führungscharakter, gerade in Krisenzeiten (Wessels/Wolters 2018b). Für eine stärkere Einbindung der parlamentarischen Kräfte der nationalen Parlamente sowie des Europäischen Parlamentes spricht sich Krei-linger (2018) aus. Er folgert, dass die parlamentarischen Stimmen im Mehrebenensystem der EU stärker Gehör finden sollten (ebd. S. 18). Ähnlich kritisiert V. Schmidt (2018, S. 1545), dass die politikwissenschaftlichen Analysen zu den Triebkräften europäischer Integration allzu oft die parlamentarischen Kräfte und neue, besonders „politisch aufgeladene Dynamiken“ der europäischen Institutionen außer Acht ließen. Die Zusammenarbeit zwischen den europäischen Institutionen und den Mitgliedstaaten stehen im Fokus bei Jones und Mazzara (2018). Am Beispiel des „Humanitarian-Development-Nexus“ (ebd. S. 2), der „Sahel Alliance“ (ebd. S. 6) und des „EU Trust Funds“ (ebd. S. 9) stellen die AutorInnen die Bedeutung des „Nexus“-Ansatzes für eine gelungene Zusammenarbeit heraus (ebd. S. 13). Als durchgehendes Moment betrachten Tömmel und Verdun (2017, S. 109) die politischen Führungskräfte in den verschiedenen Institutionen der Union, wobei sie unterschiedliche Konzepte und Fallstudien mitwirkender AutorInnen zu der gemeinsamen Synthese verbinden, die Europäische Union sei keineswegs „führungslos“. Dennoch zeigt sich, dass manche Institutionen gerade in Krisenzeiten an Bedeutung einbüßten. Anders als beim Europäischen Rat nehme so die Anwesenheit der MinisterInnen im Rat der EU in manchen Mitgliedstaaten ab. Liege die allgemeine Anwesenheit bei durchschnittlich 76 Prozent, so schnitten Deutschland und Dänemark unterdurchschnittlich ab, analysieren Nalepa und Kjems (2018, S. 3).

### **Historische Perspektiven**

Die dargestellten aktuellen Debatten werden durch historische Analysen begleitet, die eine Vielzahl an Parallelen aufzeigen und heutige Formen und Mechanismen durch ihre Entstehungsgeschichte fassen und erklären. Bei den geschichtswissenschaftlichen Analysen spielen europäische Narrative wiederholt eine zentrale Rolle. Daher betrachten Kaiser und McMahon (2017, S. 150) die transnationalen AkteurInnen und ihre Geschichten sowie deren Verbreitungswege. Die Geschichte Großbritanniens im Zentrum europäischer Kooperation und wie das Vereinigte Königreich den Kontinent seit 1948 prägte, zeigt Warloutzet (2018). Seine historische Betrachtung bringen ihn zu dem Schluss, dass der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU eine logische Fortsetzung der proaktiven, britischen Politik der Einflussnahme darstelle (ebd. S. 955). Comte (2017) stellt eine Arbeit zur Geschichte des europäischen Migrationsregimes vor, dessen Ausgestaltung er auf das westdeutsche, hegemoniale Bestreben zur Zeit des Kalten Krieges zurückführt. Auf die Schwierigkeiten, eine gemeinsame, europäische Geschichte zu schreiben, verweist Pichler (2018, S. 2), und entwickelt einen ersten Entwurf einer Theorie der europäischen Kulturgeschichte. Eine „ungeschminkte“ Geschichte der Europäischen Union erzählt Patel (2018), der die heutigen Krisen der Union mit historischen Parallelen versieht und dadurch das Projekt Europa in seiner Krisenanfälligkeit offenbart. Auch einzelne, herausragende Personen werden betrachtet, so untersuchen Ross und Henson (2017) die transformative Führungsrolle Jacques Delors.

## **Europaskeptizismus und Populismus**

In den Mitgliedstaaten nehmen die europakritischen Stimmen zu, Prognosen zur Europawahl lassen von einer Zunahme euroskeptischer Parteien ausgehen. Dieser erstarkende europäische Nationalismus und der attestierte autoritäre ‚turn‘ veranlassen Habermas (2018, S. 5), der Frage „Sind wir noch gute Europäer?“ nachzugehen, bei deren Beantwortung er sowohl die Zukunftsfähigkeit der Union diskutiert und sich entschieden gegen Nationalismus ausspricht. Doch auch die Habermas’schen Konzepte der Europäischen Union sind Teil einer kritischen Betrachtung. So kritisiert Perju (2018, S. 74 f.) die von Habermas eingeführte doppelte Souveränität der europäischen und nationalen Ebene und plädiert demokratietheoretisch für eine europäische konstitutionelle Demokratie. Die wachsenden rechtsnationalen, populistischen Strömungen in Dänemark, Norwegen, Schweden und Deutschland werden auch in einer Sammelstudie, herausgegeben von Krell, Möllers und Ferch (2018, S. 98), dargestellt und von den HerausgeberInnen zu pro-europäischen Handlungsempfehlungen kondensiert. Als wissenschaftliche Begegnung zum kritisierten Eurozentrismus stellt Mattheis (2017, S. 482) in einer umfassenden Literaturbesprechung unterschiedliche Konzepte vor, wie die Europäische Union aus regionaler Perspektive erfasst werden könne, obgleich er einschränkt, dass die theoretischen Grundlagen des Regionalismus noch nicht ausreichend auf diesen Forschungsgegenstand anwendbar seien.

Althoff, Józwiak, Jurkovic, Kyriazi und Milan (2018) verbinden unterschiedliche Aspekte der Flüchtlingspolitik der Mitgliedstaaten mit Analysen zum Populismus. In diesem Themenfeld stellen auch Thielemann und Zaun (2018, S. 906) fest, dass die Übertragung von Kompetenzen von nationaler auf europäische Ebene zu einer Sicherung der Rechte Asylsuchender geführt habe. Europäische AkteurInnen seien von populistischen Einflüssen besser geschützt als nationale AkteurInnen, zudem könne die Europäische Union national nicht-mehrheitsfähige Politiken gegenüber asylkritischen Regierungen erfolgreich durchsetzen.

Gutsche (2018) gibt eine Sammelstudie zur steigenden Anzahl an Frauen in Führungspositionen der populistischen europäischen Rechten heraus, die den Einfluss weiblicher Führungskräfte und Wählerinnen auf die Genderpolitik der europäischen Rechten untersucht. In ausführlichen Länderstudien wird herausgestellt, dass die Zunahme von Frauen in den Parteien nicht mit einer progressiven Genderpolitik einhergeht. Durch die Analyse des parteiinternen Diskurses radikaler populistischer rechter Parteien in fünf Mitgliedstaaten stellen Pirro und van Kessel (2017, S. 416) fest, dass der Europaskeptizismus dieser Parteien weniger auf einer ideologischen Grundlage fußt, als vielmehr durch strategische Überlegungen der Stimmenmaximierung.

## **Demokratiedefizit und Legitimation**

Mit dem Erstarken des Europaskeptizismus und dessen wiederholt vorgetragener Kritik am Demokratiedefizit der Europäischen Union bleibt dieses Thema auch für weitere politikwissenschaftliche Analysen relevant. Blatter, Schmid und Blätter (2017, S. 449) stellen dabei den inklusiven Charakter der Europäischen Union im Gegensatz zur Exklusivität der Mitgliedstaaten heraus. Barrett (2018, S. 260 f.) betrachtet die demokratische Legitimierung der wirtschaftspolitischen Steuerungsstrukturen der Union und stellt in einem Vergleich der einheitlichen Währungs- und der Wirtschaftspolitik als Zusammenschluss vieler nationaler Politiken fest, dass die europäischen Institutionen nach wie vor – trotz vieler Reformen – ein Demokratiedefizit aufweisen, sich dieses jedoch

auch auf nationaler Ebene widerspiegelt. Ähnlich erörtert Innerarity (2018, S. 55 f.), an welcher Stelle im Mehrebenensystem der Union das Demokratiedefizit anzusiedeln sei. Er folgert, dass auch die Mitgliedstaaten versäumt hätten, ihre Interdependenzen ausreichend demokratisch zu legitimieren.

Das Demokratiedefizit aus der Oppositions-Defizitperspektive betrachten Karlsson und Persson (2018, S. 888), indem sie die These ‚es gebe ein weiten Konsens über europäische Politik und keine tragfähige europäische Opposition‘ durch quantitative Analysen widerlegen. Arthuis und Farrell (2018) stellen fest, dass der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU dieser die Chance eröffne, ihre Legitimationsgrundlage zu reformieren und gleichzeitig eine integrierte Sozialpolitik aufzubauen, um eine Ergänzung zum Binnenmarkt zu schaffen. Zugleich schreiben Murdoch, Connolly und Kassim (2018, S. 401 f.) auch den Verwaltungsapparaten eine legitimatorische Kraft durch die Vertretung der Interessen europäischer BürgerInnen zu, diese hänge jedoch mit der politischen Ausrichtung des Herkunftslandes zusammen.

### **Sicherheitspolitik – Neue Impulse für die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit**

Mit dem Votum für den Austritt Großbritanniens aus der Union hat die militärische und sicherheitspolitische Integrationsdebatte erneut an Fahrt gewonnen. Die Forderungen nach einer europäischen Armee wurden in die politische Diskussion gestellt. Die Aktivitäten im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ) sind zudem verstärkt Gegenstand politikwissenschaftlicher Arbeiten geworden. Zandee (2018, S. 10) sieht besondere Herausforderungen für den Erfolg und Fortbestand von SSZ im historischen Vergleich zur vorhergehenden gemeinsamen Verteidigungsbestrebungen. In diesem Zusammenhang stellt er die Bedeutung des Europäischen Rates heraus, welcher durch seine Agenda-setting-Funktion die europäische Verteidigungspolitik weiter vorantreiben könne (ebd. S. 11). Helwig (2018a, S. 7) betont die Rolle Deutschlands als Motor der Verteidigungskooperation mit zunehmenden transatlantischen Spannungen und beschreibt die Herausforderung, die vielfältigen Gerüste und Kooperationssysteme zu einem sinnvollen Zusammenspiel zu verbinden.

Auch die NATO ist Teil der weiten Überlegungen zur SSZ, so sehen Keil und Arts (2018, S. 7) die NATO am Scheideweg zwischen einer „status quo“-Orientierung oder einer strategischen Neuausrichtung im Rahmen eines breiten Evaluationsprozesses. Gerade im Zusammenhang des Einbezugs von Drittstaaten wie Norwegens und der Türkei in den erweiterten Rahmen von SSZ sehen Aydin-Düzgit und Marrone (2018, S. 18) zukünftige Herausforderungen für die Kooperation, aber auch für den EU-NATO-Dialog. Dabei sei eine enge Kooperation mit der NATO, nach Helwig (2018b, S. 1), eine Grundbedingung für eine „inklusive EU-Verteidigungspolitik“. Gerade für die Türkei sei die Balance der Beziehungen zur EU und NATO sowie zu Russland von strategischer Bedeutung (ebd. S. 19). Einen baltischen Fokus legt Sapienza (2018, S. 1) an, indem sie die baltischen Staaten als „Schwachstelle“ der Nato und dadurch als besondere Herausforderung für vertiefte Kooperation zwischen der NATO und der Union beschreibt.

Neben den zahlreichen Überlegungen und Arbeiten zur SSZ werden andere Aspekte europäischer Sicherheitspolitik analysiert. So fragen Rekawek, Matějka, Szucs, Beňuška, Kajzarová und Rafay (2018, S. 5) nach den Charakteristika europäischer TerroristInnen und stellen Überlegungen zu deren Früherkennung anhand empirischer Falldaten an. Mit der europäischen Anti-Terrorismus-Strategie setzt sich de la Corte Ibáñez (2018, S. 19) auseinander, beschreibt deren Struktur und Inhalt, und leitet zukünftige Herausforderungen



ab. Smith (2018, S. 605) stellt die Besonderheiten der transatlantischen Beziehungen vor dem Hintergrund europäischen Autonomiestrebens zur eigenen strategischen Ausrichtung heraus.

### **Migration und Asyl**

Mit dem ‚EU-Türkei-Deal‘ und den dadurch sinkenden Zahlen an Asylanträgen rückt das Thema Asyl etwas in den Hintergrund des allgemeinen Krisendiskurses. Dabei bleibt das Feld gerade für Südeuropa und im Bereich des rechten Populismus brisant. Allgemeine Kriterien für eine Migrationspolitik der Europäischen Union legt die Arbeitsgruppe „Globale Migration“ der Foundation for European Progressive Studies (2018) vor. Carreira, El Qadim, Fullerton, Garcés-Mascareñas, York Kneebone, López Sala, Chun Luk und Vosyliūtė (2018, S. 54) erarbeiten eine umfassende Studie zu außer-territorialen Asyl- und Migrationsverfahren anhand mehrerer Beispiele und stellen notwendige und funktionale Standards heraus, nach denen die „ortsunabhängige Gerechtigkeit“ im Asylverfahren gewährleistet werden kann. Speziell für einen angemesseneren Umgang mit minderjährigen unbegleiteten Geflüchteten tut dies Pavón Losada (2018). In ihrer Analyse der Integration von MigrantInnen in Süd-Europa verbinden Finotelli und Ponzio (2018) die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise mit verschiedenen Einflussgrößen der Integration.

### **Nachbarschaftspolitik und Außenbeziehungen**

Die Rolle der Europäischen Union im internationalen System betrachten Meunier und Vachudova (2018, S. 1631), indem sie die These Moravcsiks, die Union sei eine Supermacht, vor dem Hintergrund der ungleichen Kompetenzverteilung und der Gegenwart illiberaler Regierungen in den Mitgliedstaaten untersuchen. Sie folgern, dass die Europäische Union ihr „hard- und soft-power“ Potenzial nicht in globalen Einfluss umsetzen könne. Bei der außenpolitischen Einflusskraft der Union komme dem Europäischen Auswärtigen Dienst eine besondere Rolle zu, da dieser zur „Normalisierung“ und „Vergemeinschaftung“ der Prozesse der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik beitrage, so Ridder-vold (2017, S. 44). Cianciara (2017, S. 54) stellt die Grundnarrative europäischer Nachbarschaftspolitik heraus, „Stabilität, Sicherheit und Demokratie“, um mehrere Wechsel in deren Gewichtung und eine Ergänzung um „nachhaltiges Wachstum“ aufzuzeigen. Anhand ihrer Ergebnisse leitet sie Bedingungen ab, unter denen außenpolitische AkteurInnen einen Narrativwechsel vollziehen, vornehmlich unter starkem Legitimationsdruck (ebd. S. 57).

Neben diesen allgemeinen Überlegungen zu den Außenbeziehungen der Union stehen politikfeldspezifische und regionale Arbeiten. Innerhalb der Außenbeziehungen stellen Energiefragen eine Schnittmenge mit den zahlreichen Überlegungen zur Sicherheitspolitik dar und gewinnen zunehmend an Bedeutung. So befasst sich Siddi (2018, S. 4) mit dem Energiehandel zwischen der EU und Russland, welcher trotz der politischen Krisen weiter zunehme. Mit speziellem Fokus auf Südost-Europa diskutiert Roberts (2018, S. 30) die Bedeutung des Prinzips der Rechtsstaatlichkeit im Energiesektor.

Young (2017, S. 910) fokussiert sich auf die Außenwirtschaftsbeziehungen der Europäischen Union und stellt bei seiner Analyse fest, dass durch die zunehmende Interdependenz der europäischen Freihandelsabkommen bei gleichzeitiger negativer öffentlicher Darstellung der Abschluss neuer Abkommen wesentlich erschwert werde. Die Arktis-Strategie ist

bei De Botselier, López Piqueres und Schunz (2018) Gegenstand einer Analyse der EU-Institutionen, in der sie besonders die Integration von Umweltaspekten in den Blick nehmen.

Im weiten Kontext des britischen Austritts aus der EU kann eine Arbeit von Kühn und Trondal (2018, S. 1) verortet werden, die eine zunehmende Entfremdung von Politik und Verwaltung attestiert, die die AutorInnen auf die enge Integration Norwegens in die Europäische Union – ohne formale Mitgliedschaft – zurückführen. Der entstehende Verwaltungsbias gefährde demnach die politische Loslösung von der Union, da die nationale Administration eng von europäischen Einflüssen durchzogen sei (ebd. S. 17). Dies gebe einen Ausblick auf weitere Herausforderungen im Rahmen des Austritts des Vereinigten Königreichs.

### **Europäische Sozialpolitik**

Am 17. November 2017 wurde die Europäische Säule sozialer Rechte (ESSR) auf dem Sozialgipfel in Göteborg offiziell verkündet. Damit haben das Europäische Parlament, der Rat und die Europäische Kommission die Forderung Junckers (2017) umgesetzt. Diese offene Unterstützung der garantierten Grundsätze und Rechte seitens der EU-Institutionen war auch Gegenstand zahlreicher wissenschaftlicher Beiträge. Dabei stehen die Arbeiten zur Säule sozialer Rechte im Kontext einer breiten Debatte zur Europäischen Sozialunion, zu deren unterschiedlicher Bereiche sich Verbindungen ergeben (Vandenbroucke et al. 2017). Die Entwicklungsschritte der ESSR betrachtet Seikel (2017, S. 3) und betont die Bedeutung der öffentlichen Anhörungen für die jetzige Ausgestaltung, während er die Europäische Kommission für ihr zunächst „verharmlosendes“ Wording kritisiert. Fischer (2018, S. 33) gibt einen umfassenden Überblick über die Entstehungszusammenhänge der ESSR und bezieht diese vor allem auf die „ernüchternden“ Sozialstatistiken der Union im Nachgang der Krise(n). Die vielfältigen Herausforderungen der Finanzkrise für die ökonomische und die soziale Integration Europas, aufbauend auf den Widersprüchen zwischen „ökonomischem Konstitutionalismus und Wohlfahrtsstaat“, beschreiben Joerges, Bogoeski und Nüse (2017, S. 1).

Dhéret (2017, S. 2) kritisiert die Unzulänglichkeiten der neuen Säule in Bezug auf ihre integrative Kraft zu mehr europäischer Konvergenz, die Union bräuchte – ihrer Analyse nach – einen vertieften Sozialgipfel und keine Proklamation. Auch für Plomien (2018, S. 293) greift die ESSR nicht weit genug, da sie die Ansprüche an ein „gender-gerechtes soziales Europa“ nicht umsetzen können. In einer ersten Evaluation bestätigt Hendrickx (2018, S. 3) diese Annahme, der rechtliche Einfluss dieser Politiksäule sei erwartbar gering. Dennoch bestehe Grund zu „Optimismus“, da die Säule die ökonomische Integration in den Kontext eines sozialen Grundkonsenses stelle (ebd. S. 6). Diesen führen Rasnača und Theodoropoulou (2018, S. 3) aus, indem sie für eine intergouvernemental geprägte Vertiefung im Rahmen einer europäischen Arbeitslosenversicherung argumentieren, um die Funktion der Währungsunion zu gewährleisten. Garben, Kilpatrick und Muir (2017, S. 7) analysieren in der Ausrufung der Säule das Potenzial, einen vertieften Reflexionsprozess über das soziale Europa zu beginnen, zu dessen Reform die Willensbekundungen der europäischen Institutionen einen An Schub geben können.

### **Differenzierte Integration, Desintegration und Abbauflexibilisierung**

Mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU haben die Debatten um europäische Desintegration an Gewicht gewonnen, sodass neben den erwähnten Zukunftsszenarien weitere theoretische Überlegungen angestellt werden. Allgemein zur Integration und Erweiterung stellen Börzel, Dimitrova und Schimmelfennig (2017, S. 157) ihr Konzept der „Integrations-Kapazität“ vor. Diese gebe an, wie stark die Europäische Union Beitrittskandidaten auf den Beitrittsprozess vorbereiten (extern) und die Funktionsweise und Kohäsion nach dem Beitritt erhalten kann (intern) (ebd. S. 158). Nach Beschreibung Schimmelfennigs (2018a, S. 1154) haben die Neuverhandlungen der Mitgliedsbedingungen Großbritanniens unter Premier David Cameron und das anschließende Referendum über den Verbleib in der Union ein neues Kapitel der Differenzierung eröffnet, die „differenzierte Desintegration“. Auf Grundlage postfunktionalistischer Annahmen stellt Schimmelfennig die Hypothese auf, dass Desintegration dann politisch gefordert werde, wenn die Europäische Union durch spill-over Kompetenzen in identitätsstiftenden Politikfeldern entwickelt, sich euroskeptische Parteien erfolgreich etablieren und Referenden zur Europäischen Integration ein mögliches politisches Instrument darstellten (ebd. S. 1159). Demgegenüber sehen Schmitter und Lefkofridi (2016, S. 171) Desintegration als logischen Bestandteil transnationaler Integration, vielmehr sei die Europäische Union lange als Ausnahme angesehen worden, wodurch die aufkommenden Abbautendenzen so überraschten.

Die Desintegration gelte es in der wissenschaftlichen Debatte dabei nicht mehr als negativ behafteten Stillstand, sondern als reinen Gegensatz der Europäischen Integration zu betrachten, fordert Börzel (2018b, S. 475), während sie eine Forschungsagenda für die EU-Studien entwirft. Dabei stellt sie heraus, dass ein Integrations-Stillstand nicht gleichbedeutend mit Desintegration, und Desintegration nicht gleichbedeutend mit einem Zerfall der Union zu verstehen sei (ebd. S. 482). Diese, in den EU-Studien verbreitete Annahme führt Börzel auf einen „pro-Integration Bias“ (ebd. S. 478) zurück. Fabbrini (2017, S. 27) schließt aus ähnlichen Überlegungen die Folgerung, dass es zwei Möglichkeiten gebe mit Desintegrationsprozessen umzugehen, ein „Europe à la carte“ oder eine „konstitutionelle Differenzierung“.

Die zunehmende Differenzierung des Binnenmarktes durch die Europäische Bankunion stellt Ferran (2017, S. 252) heraus und beschreibt, wie die Anreize der Bankenunion als Integrationsmotor wirken können, jedoch das Risiko bestünde, dass Mitgliedstaaten, die außen vor blieben, zunehmend marginalisiert, die Einheit des Binnenmarktes gefährdet würde. Scharpf (2018, S. 8) kritisiert die „einheitlichen Makroregime“ der Währungsunion, die den heterogenen Ökonomien der Eurozone nicht gerecht würden und plädiert daher für eine Differenzierung der Währungsunion in ein zweistufiges System.

### **Mehrjähriger Finanzrahmen und nationale Haushalte**

Im Rahmen der politischen Debatte um den mehrjährigen Finanzrahmen 2021–2027 befassten sich mehrere Studien mit dem strukturellen Aufbau und den politischen Implikationen der europäischen Finanzmittel. Doch auch das nationale Budget Italiens und der Budgetstreit mit der Europäischen Kommission sind behandelte Themen. Für einen Ausbau der Eigenmittel und einer allgemeinen Erweiterung des EU-Budgets spricht sich Andor (2018, S. 27) vor dem Hintergrund der Herausforderung im Bereich „Sicherheit und Produktivität“ aus. Mit der Reform des EU-Budgets im Bereich der Außenpolitik befassen sich Jones, Di Ciommo, Sayós Monràs, Sherriff und Bossuyt (2018, S. 12 f.). In einer quantita-

tiven wie qualitativen Analyse stellen sie neue strategische Ausrichtungen vor und reflektieren diese vor dem Hintergrund der finanziellen Ausstattung einzelner Arbeitsbereich. Rasche (2018, S. 17) hingegen fokussiert die Budgetvorschläge für den Bereich Migration und stellt vor allem eine Finanzierungslücke des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) fest.

Mit den Implikationen der hohen Ausgaben für den Agrarsektor (38 Prozent) setzen sich Darvas und Wolff (2018, S. 77) auseinander, sie folgern, dass die Kürzungen im Bereich der ländlichen Entwicklung im Zuge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU negative Folgen für die Biodiversität aufweisen können und leiten hieraus einen Reformbedarf ab. Allgemeiner fragen Canofari, Di Bartolomeo und Messori (2018, S. 23) nach den Koordinierungsproblemen innerhalb der Europäischen Währungsunion mit einer zentralisierten Währungs- aber nationaler Fiskalpolitik, in der jedoch das Quantitative Easing Programm der Europäischen Zentralbank (EZB) eine effektive Maßnahme zur Risikominderung darstelle.

Gerade der Fall Italien nimmt in den nationalen Budgetbetrachtungen einer herausgehobene Stellung ein. Den Fall Italiens aus ökonomisch-politischer Perspektive betrachtet Messori (2018, S. 8) und stellt gleichzeitig einen Glaubwürdigkeitsverlust der italienischen Regierung fest. Codogno und Monti (2018, S. 7 f.) nehmen den italienischen Bankensektor in das Zentrum ihrer Analysen. Sie stellen fest, dass dieser einen neuen Krisenherd darstellen könnte. Sapir (2018, S. 1 f.) hingegen zieht eine historische Betrachtung der Fälle Italien und Belgien heran, um aus der unterschiedlichen Entwicklung beider – zur Einführung des Euro vergleichbar verschuldeter – Staaten Politikempfehlungen abzuleiten (ebd. S. 14).

### Ausblick

Erneut lässt sich eine große Pluralität und Fragmentierung wissenschaftlicher Arbeiten zur Europapolitik und europäischen Integration attestieren. Mit Blick auf die Europawahlen, den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union, die Neuformierung der Europäischen Kommission, aber auch die anhaltende Reformdebatte, kann davon ausgegangen werden, dass sich dieser Trend halten wird. Die Realisation des britischen EU-Austritts, Analysen zur Europawahlen und ihrer Ergebnisse, aber auch nähere Betrachtungen des SpitzenkandidatInnen-Verfahrens werden Teile einer fortlaufenden Forschungsagenda sein. Dabei bilden Abbauflexibilisierung und Desintegrationstendenzen Kernelemente einer weitergehenden Theorie-Debatte – mit wesentlichem Einfluss auf die interinstitutionelle Balance – zu der weitere Konzepte und Beiträge zu erwarten sind. Zusammengefasst begünstigen diese neuartigen Situationen die Bildung einer lebhaften, offenen akademischen Gemeinschaft ohne ein vorherrschendes Paradigma.

### Weiterführende Literatur

- Jenna Althoff/Veronika Józwiak/Rahela Jurkovic/Anna Kyriazi/Chiara Milan: Us vs. them in Central and Eastern Europe. Populism, the refugee other and the re-consideration of national identity, Bonn 2018, abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/budapest/14599.pdf> (letzter Zugriff: 1.9.2018).
- László Andor: RESOURCES FOR A PROSPEROUS EUROPE. Redesigning the EU Budget in a Progressive Way, in: WISO Diskurs 18/2018, abrufbar unter: <https://library.fes.de/pdf-files/wiso/14700.pdf> (letzter Zugriff: 1.11.2018).
- Jean Arthuis/Henry Farrell: What future for a democratic Europe following Brexit?, in: The Tocqueville Review 1/2018, S. 37–48.

- Senem Aydin-Düzgit/Alessandro Marrone: PESCO and security cooperation between the EU and Turkey, Rome/Instanbul 2018, abrufbar unter: [http://www.iai.it/sites/default/files/gte\\_wp\\_19.pdf](http://www.iai.it/sites/default/files/gte_wp_19.pdf) (letzter Zugriff: 1.11.2018).
- Gavin Barrett: European economic governance: deficient in democratic legitimacy?, in: *Journal of European Integration* 3/2018, S. 249–264.
- Peter Becker: Die EU auf dem Weg in eine "Transferunion"? ein Beitrag zur Entdramatisierung, in: SWP-Studie 8/2018, abrufbar unter: [https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2018S08\\_bkr.pdf](https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2018S08_bkr.pdf) (letzter Zugriff: 1.11.2018).
- Matt Bevington/Jack Simson Caird/Alan Wager: The Brexit endgame: a guide to the parliamentary process of withdrawal from the EU. UK in a Changing Europe, London 2018, abrufbar unter: <http://ukandeu.ac.uk/wp-content/uploads/2018/09/Brexit-endgame-A-guide-to-the-parliamentary-process.pdf> (letzter Zugriff: 1.11.2018).
- Roland Bieber/Astrid Epiney/Marcel Haag/Markus Kotzur: Die Europäische Union, Baden-Baden 2019.
- Joachim Blatter/Samuel D. Schmid/Andrea C. Blättler: Democratic Deficits in Europe: The Overlooked Exclusiveness of Nation-States and the Positive Role of the European Union, in: *Journal of Common Market Studies* 3/2017, S. 449–467.
- Tanja A. Börzel(a): Governance Approaches to European Integration, in: KFG Working Paper 84/2018, abrufbar unter: [https://www.polsoz.fu-berlin.de/en/v/transforeurope/publications/working\\_paper/wp/wp84/WP\\_84\\_Boerzel\\_WEB.pdf](https://www.polsoz.fu-berlin.de/en/v/transforeurope/publications/working_paper/wp/wp84/WP_84_Boerzel_WEB.pdf) (letzter Zugriff: 1.11.2018).
- Tanka A. Börzel(b): Researching the EU (Studies) into demise?, in: *Journal of European Public Policy* 3/2018, S. 475–485.
- Tanja A. Börzel/Antoaneta Dimitrova/Frank Schimmelfennig: European Union enlargement and integration capacity: concepts, findings, and policy implications, in: *Journal of European Public Policy* 2/2017, S.157–176.
- Tanja A. Börzel/Thomas Risse: From the euro to the Schengen crises: European integration theories, politicization, and identity politics, in: *Journal of European Public Policy* 1/2018, S. 83–108.
- Bram De Botselier/Sofia López Piqueres/Simon Schunz: Adressing the 'Arctic Paradox': environmental policy integration in the EU's emerging Arctic policy, in: *EU Diplomacy Papers* 3/2018, abrufbar unter: [https://www.coleurope.eu/system/tdf/research-paper/edp-3-2018\\_debotselier-lopez-schunz.pdf?file=1&type=node&id=46460&force=](https://www.coleurope.eu/system/tdf/research-paper/edp-3-2018_debotselier-lopez-schunz.pdf?file=1&type=node&id=46460&force=) (letzter Zugriff: 1.11.2018).
- Simon Bulmer/Lucia Quaglia: The politics and economics of Brexit, in: *Journal of European Public Policy* 8/2018, S. 1089–1098.
- Alexander Bürgin: Intra- and Inter-Institutional Leadership of the European Commission President: An Assessment of Juncker's Organizational Reforms, in: *Journal of Common Market Studies* 4/2018, S. 837–853.
- Paolo Canofari/Giovanni Di Bartolomeo/Marcello Messori: Sovereign debt crisis, fiscal consolidation and quantitative easing in a monetary union, in: LUISS School of European Political Economy - Working Paper 9/2018, abrufbar unter <http://sep.luiss.it/sites/sep.luiss.it/files/Sovereign%20Debt%20Crisis%20Working%20Paper%20-%20Messori-Canofari-Di%20Bartolomeo.pdf> (letzter Zugriff: 1.11.2018).
- Sergio Carrera/Nora El Qadim/Maryellen Fullerton/Blanca Garcés-Mascareñas/Susan York Kneebone/Ana López Sala/Ngo Chun Luk/Lina Vosyliūtė: Offshoring Asylum and Migration in Australia, Spain, Tunisia and the US: Lessons learned and feasibility for the EU, CEPS Research Reports 2018.
- Agnieszka K. Cianciara: Stability, security, democracy: explaining shifts in the narrative of the European Neighbourhood Policy, in: *Journal of European Integration* 1/2017, S. 49–62.
- Harold D. Clarke/Matthew Goodwin/Paul Whiteley: Brexit: Why Britain Voted to Leave the European Union, Cambridge 2017.
- Lorenzo Codogno/Mara Monti: A stylised narrative of Italian banking problems, LUISS School of European Political Economy, Policy Brief, September 2018, abrufbar unter: <http://sep.luiss.it/sites/sep.luiss.it/files/A%20Stylised%20Narrative%20of%20Italian%20Banking%20Problems-Codogno-Monti.pdf> (letzter Zugriff: 1.11.2018).
- Emmanuel Comte: The history of the European migration regime: Germany's strategic hegemony, London 2017.
- Olivier Costa/Nathalie Brack: How the EU really works, London 2019.
- John Curtice: Do voters still want to leave the EU? How they view the Brexit process two years on. UK in a Changing Europe, 2018, abrufbar unter: [https://whatukthinks.org/eu/wp-content/uploads/2018/09/WUKT-EU-Briefing-Paper-14-July-18-Analysis-paper\\_v3.pdf](https://whatukthinks.org/eu/wp-content/uploads/2018/09/WUKT-EU-Briefing-Paper-14-July-18-Analysis-paper_v3.pdf) (letzter Zugriff: 1.11.2018).
- Zsolt Darvas/Guntram B. Wolff: The EU's Multiannual Financial Framework and some implications for CESEE countries, in: *Focus on European Economic Integration* 3/2018, S. 77–86.

- Luis de la Corte Ibáñez: Breve análisis sobre la estrategia contrterrorista del Consejo de Europa para 2018-2022, in: Documento de Opinión 95/2018, abrufbar unter: [http://www.ieee.es/Galerias/fichero/docs\\_opinion/2018/DIEEEO95-CORTE-EstrategiaContrat.pdf](http://www.ieee.es/Galerias/fichero/docs_opinion/2018/DIEEEO95-CORTE-EstrategiaContrat.pdf) (letzter Zugriff: 1.11.2018).
- Maria Demertzis/Jean Pisani-Ferry/André Sapir/Thomas Wieser/Guntram B. Wolff: One size does not fit all: European integration by differentiation, in: Bruegel Policy Brief 3/2018, abrufbar unter: [http://bruegel.org/wp-content/uploads/2018/09/PB-2018\\_03\\_final3.pdf](http://bruegel.org/wp-content/uploads/2018/09/PB-2018_03_final3.pdf) (letzter Zugriff: 1.11.2018).
- Claire Dhéret: European social rights need more than a proclamation: Recommendations for an ambitious social summit, EPC Commentary, 15. November 2017, abrufbar unter: [http://aei.pitt.edu/92679/1/pub\\_8067\\_europeansocialrights.pdf](http://aei.pitt.edu/92679/1/pub_8067_europeansocialrights.pdf) (letzter Zuegriff: 1.11.2018).
- Patrick Diamond/Peter Nedergaard/Ben Rosamond: Routledge Handbook of the Politics of Brexit, London 2018.
- Elias Dinas/Pedro Riera: Do European Parliament elections impact national party system fragmentation?, in: Comparative Political Studies 4/2018, S. 447–476.
- Europäische Kommission(a): Weissbuch zur Zukunft Europas. Die EU der 27 im Jahr 2025 – Überlegungen und Szenarien, Brüssel, COM(2017)2025, abrufbar unter: [https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/weissbuch\\_zur\\_zukunft\\_europas\\_de.pdf](https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/weissbuch_zur_zukunft_europas_de.pdf) (letzter Zugriff: 1.9.2018).
- Europäische Kommission(b): State of the union 2018. Our destiny in our hands, European Policy Strategy Centre, 2018, abrufbar unter: [https://ec.europa.eu/epsc/sites/epsc/files/epsc\\_-\\_state\\_of\\_the\\_union\\_2018\\_-\\_our\\_destiny\\_in\\_our\\_hands.pdf](https://ec.europa.eu/epsc/sites/epsc/files/epsc_-_state_of_the_union_2018_-_our_destiny_in_our_hands.pdf) (letzter Zugriff: 1.11.2018).
- Europäische Kommission: Three visions, one direction - plans for the future of Europe, European Political Strategy Centre, 2018, abrufbar unter: [https://ec.europa.eu/epsc/sites/epsc/files/epsc\\_-\\_three\\_visions\\_one\\_direction\\_-\\_plans\\_for\\_the\\_future\\_of\\_europe.pdf](https://ec.europa.eu/epsc/sites/epsc/files/epsc_-_three_visions_one_direction_-_plans_for_the_future_of_europe.pdf) (letzter Zugriff: 1.9.2018).
- Sergio Fabbrini: Beyond disintegration: political and institutional prospects of the European Union, in: Bart Vanhercke/David Natali/Denis Bouget: Social policy in the European Union: state of play 2016, Brüssel 2017, S. 13–31, abrufbar unter: <https://iris.luiss.it/retrieve/handle/11385/177700/60550/FABBRINI-beyond%20disintegration.pdf> (letzter Zugriff: 1.11.2018).
- Eilis Ferran: European banking union and the EU single financial market: more differentiated integration or disintegration, in: Bruno De Witte/Andrea Ott/Ellen Vos (Hrsg.): Between Flexibility and Disintegration. The Trajectory of Differentiation in EU Law, Cheltenham 2017, S. 252–281.
- Claudia Finotelli/Irene Ponzio: Integration in times of economic decline. Migrant inclusion in Southern European societies: trends and theoretical implications, in: Journal of Ethnic and Migration Studies 14/2018, S. 2303–2319.
- Georg Fischer: Social Europe: the Pillar of Social Rights, in: Structural Reforms for Growth and Cohesion, Cheltenham 2018.
- Foundation for European Progressive Studies: Prioritising people: A progressive narrative for migration, 2018, abrufbar unter: <https://www.feps-europe.eu/component/attachments/attachments.html?task=attachment&id=139> (letzter Zugriff: 1.11.2018).
- Sacha Garben/Claire Kilpatrick/Elise Muir: Towards a European Pillar of Social Rights: upgrading the EU social acquis, in: College of Europe Policy Brief 1/2017, abrufbar unter: [https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract\\_id=2900489](https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2900489) (letzter Zugriff: 1.11.2018).
- Philipp Genschel/Markus Jachtenfuchs: From market integration to core state powers: the Eurozone crisis, the refugee crisis and integration theory, in: Journal of Common Market Studies 1/2018, S. 178-196.
- Martin Gross/Marc Debus: Does EU regional policy increase parties' support for European integration?, in: West European Politics 3/2018, S. 594–614.
- Martin Gross/Mihail Chiru/Drăgăș Adascalet: Programmatic europeanization revisited: the role of EP election proximity, EU support and Eastern European patterns, in: Center for Policy Studies Working paper series 4/2018, abrufbar unter: <http://cps.ceu.edu/sites/cps.ceu.edu/files/attachment/publication/3082/cps-working-paper-cohesify-programmatic-europeanization-revisited-2018.pdf> (letzter Zugriff: 1.11.2018).
- Elisa Gutsche: Triumph der Frauen?: The female face of the far right in Europe, Bonn 2018, abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/14636.pdf> (letzter Zugriff: 1.9.2018).
- Jürgen Habermas: Are We Still Good Europeans?, in: Social Europe 13/2018, abrufbar unter: <https://www.socialeurope.eu/are-we-still-good-europeans> (letzter Zugriff: 1.11.2018).
- M. Donald Hancock/Christopher J. Carman/Marjorie Castle/David P. Conradt/Raffaella Y. Nanetti/Robert Leonardi/William Safran/Stephen White/Michelle Hale Williams/Mary N. Hampton: Politics in Europe, Washington, D.C. 2018.

- Niklas Helwig(a): Germany and European defence cooperation: a post-Atlantic turn?, Ulkopoliittinen Instituutti/Finnish Institute of International Affairs 2018, abrufbar unter: [https://storage.googleapis.com/upi-live/2018/09/bp245\\_germany\\_and\\_european\\_defence\\_cooperation2.pdf](https://storage.googleapis.com/upi-live/2018/09/bp245_germany_and_european_defence_cooperation2.pdf) (letzter Zugriff: 1.11.2018).
- Niklas Helwig(b): New tasks for EU-NATO cooperation: an inclusive EU defence policy requires close collaboration with NATO, in: SWP Comment C/2018, abrufbar unter: [https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/comments/2018C04\\_hlw.pdf](https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/comments/2018C04_hlw.pdf) (letzter Zugriff: 1.11.2018).
- Frank Hendrickx: The European Social Pillar: A first evaluation, London 2018.
- Thomas Henökl: How Brexit affects EU external action: The UK's legacy in European international cooperation, in: Futures 97/2018, S. 63–72.
- Liesbet Hooghe/Gary Marks: Re-engaging grand theory: European integration in the 21st century, in: European University Institute Working Paper RSCAS 43/2018.
- Rudolf Hrbek: Auf dem Weg zu einem europäischen Parteiensystem?, in: Wolfram Hinz/Antje Nötzold: Die Zukunft Europas in einer Welt im Umbruch, Wiesbaden 2018, S. 131–161.
- Milan Igrutinović: Spitzenkandidaten and shifting electorates: towards the 2019 EP elections, Institute for Development and International Brief 9/2018, abrufbar unter: <http://www.irmo.hr/wp-content/uploads/2018/09/IRMO-Brief-9-2018.pdf> (letzter Zugriff: 1.11.2018).
- Daniel Innerarity: Whose Deficit? The European Democracy and Its Democracies, in: Democracy in Europe, Basingstoke 2018, S. 47–60.
- Thomas Jäger: Lehren des Brexit für eine Reform von Art. 50 EUV, Österreichische Gesellschaft für Europapolitik Policy Brief 17/2018, abrufbar unter: [https://oegfe.at/wordpress/wp-content/uploads/2018/08/OEGfe\\_Policy\\_Brief-2018.17.pdf](https://oegfe.at/wordpress/wp-content/uploads/2018/08/OEGfe_Policy_Brief-2018.17.pdf) (letzter Zugriff: 1.9.2018).
- Christian Joerges/Vladimir Bogoeski/Lukas Nüse: Economic Constitutionalism and the 'European Social Model': Can European Law Cope with the Deepening Tensions between Economic and Social Integration after the Financial Crisis, Contribution to the conference "The Metamorphosis of the European Economic Constitution" at University of Luxembourg, 21-22 September 2017, organized by Herwig Hofmann, Katerina Pantazatou and Giovanni Zaccaroni, abrufbar unter: [https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract\\_id=3246636](https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=3246636) (letzter Zugriff: 1.11.2018).
- Alexei Jones/Mariella Di Ciommo/Meritxell Sayós Monràs/Andrew Sherriff/Jean Bossuyt: Aiming high or falling short?, in: European Centre for Development Policy Management Briefing Note 104/2018, abrufbar unter: <https://ecdpm.org/wp-content/uploads/ECDPM-2018-BN-104-Analysis-Proposed-Future-EU-Budget-External-Action.pdf> (letzter Zugriff: 1.11.2018).
- Alexei Jones/Vera Mazzara: All together now? EU institutions and member states' cooperation in fragile situations and protracted crises, European Centre for Development Policy Management Discussion Paper 226/2018, abrufbar unter: <https://ecdpm.org/wp-content/uploads/DP226-All-together-now-EU-institutions-member-states-collaboration-fragile-situations-crises-ECDPM-June-2018.pdf> (letzter Zugriff: 1.9.2018).
- Jean-Claude Juncker: State of the Union Address 2017, Brüssel, 2017, abrufbar unter: [http://europa.eu/rapid/press-release\\_SPEECH-17-3165\\_en.pdf](http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-17-3165_en.pdf) (letzter Zugriff: 1.11.2018).
- Wolfram Kaiser/Richard McMahon: Narrating European integration: transnational actors and stories, in: National Identities 2/2017, S. 149–160.
- Christer Karlsson/Thomas Persson: The Alleged Opposition Deficit in European Union Politics: Myth or Reality?, in: Journal of Common Market Studies 4/2018, S. 888–905.
- Niilo Kauppi/Claudia Wiesner: Exit politics, enter politicization, in: Journal of European Integration 2/2018, S. 227–233.
- Steven Keil/Sophie Arts: NATO after the Brussels summit: Bruised or Emboldened?, German Marshall Fund of the United States Policy Brief 31/2018, abrufbar unter: <http://www.gmfus.org/file/26225/download> (letzter Zugriff: 1.11.2018).
- Julia Klein/Julian Plottka/Amelie Tittel: Der Neustart der europäischen Integration durch eine inklusive Avantgarde?, in: integration 2/2018, S. 141–168.
- Valentin Kreilinger: Strengthening parliamentary voices in the EU's multi-level system, in: Jacques Delors Institute Policy Paper 226/2018, abrufbar unter: <http://institutdelors.eu/wp-content/uploads/2018/06/ParliamentaryVoicesintheEUMultilevelSystem-Kreilinger-June2018.pdf> (letzter Zugriff: 1.9.2018).
- Christian Krell/Henri Möllers/Niklas Ferch: Reclaiming action: progressive strategies in times of growing right-wing populism in Denmark, Norway, Sweden and Germany, Berlin 2018, abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/stockholm/14617-20180920.pdf> (letzter Zugriff: 1.9.2018).
- Christian Kreuder-Sonnen: An authoritarian turn in Europe and European Studies?, in: Journal of European Public Policy 3/2018, S. 452–464.

- Nadja Kühn/Jarle Trondal: European integration and the administrative state. A longitudinal study on self-reinforcing administrative bias, in: *Journal of European Public Policy* 2018, S. 1–22.
- Sandra Lavenex: 'Failing Forward' Towards Which Europe? Organized Hypocrisy in the Common European Asylum System, in: *Journal of Common Market Studies* 5/2018, S. 1195–1212.
- Frank Mattheis: Repositioning Europe in the study of regions: comparative regionalism, interregionalism and decentred regionalism, in: *Journal of European Integration* 4/2017, S. 477–482.
- Marcello Messori: THE 2019 BUDGET LAW: THE DANGERS FOR ITALY'S ROLE IN EUROPE, in: LUISS School of European Political Economy Policy Brief 2018, abrufbar unter: <http://sep.luiss.it/sites/sep.luiss.it/files/The%202019%20Budget%20Law%20-%20M.%20Messori.pdf> (letzter Zugriff: 1.11.2018).
- Sophie Meunier/Milada Anna Vachudova: Liberal Intergovernmentalism, Illiberalism and the Potential Superpower of the European Union, in: *Journal of Common Market Studies* 7/2018, S. 1631–1647.
- Aistė Mickonytė: Divisions in Europe expose the need for an ambitious reform of the EU, Österreichische Gesellschaft für Europapolitik Policy Brief 11/2018, abrufbar unter: [https://oegfe.at/wordpress/wp-content/uploads/2018/06/OEGfE\\_Policy\\_Brief-2018.11\\_Mickonyte.pdf](https://oegfe.at/wordpress/wp-content/uploads/2018/06/OEGfE_Policy_Brief-2018.11_Mickonyte.pdf) (letzter Zugriff: 1.9.2018).
- Andrew Moravcsik: Preferences, Power and Institutions in 21st-century Europe, in: *Journal of Common Market Studies* 2018.
- Zuzana Murdoch/Sara Connolly/Hussein Kassim: Administrative legitimacy and the democratic deficit of the European Union, in: *Journal of European Public Policy* 3/2018, S. 389–408.
- Aslak Schou Nalepa/Malte Kjems: Danske ministre har større fravær end deres EU kolleger. Tænketanken Europa, 2018, abrufbar unter: [http://thinkeuropa.dk/sites/default/files/notat\\_danske\\_ministre\\_har\\_stoerre\\_fravaer\\_end\\_deres\\_eu-kolleger.pdf](http://thinkeuropa.dk/sites/default/files/notat_danske_ministre_har_stoerre_fravaer_end_deres_eu-kolleger.pdf) (letzter Zugriff: 1.11.2018).
- Edoardo Ongaro/Sandra Van Thiel: *The Palgrave handbook of public administration and management in Europe*, Basingstoke 2018.
- Kiran Klaus Patel: *Projekt Europa. Eine kritische Geschichte*, München 2018.
- Juan Antonio Pavón Losada: Menores extranjeros no documentados en la UE: situación y pautas para abordarlo. Fundación Alternativas Memorando Opex 235/2018, abrufbar unter: [http://www.fundacionalternativas.org/public/storage/opex\\_documentos\\_archivos/1e82c3cdfa927f3bec3bd5ebdc551cc1.pdf](http://www.fundacionalternativas.org/public/storage/opex_documentos_archivos/1e82c3cdfa927f3bec3bd5ebdc551cc1.pdf) (letzter Zugriff: 1.11.2018).
- Vlad Perju: Double Sovereignty in Europe: A Critique of Habermas's Defense of the Nation-State, in: *Texas International Law Journal* 1/2018, S. 53–49.
- Peter Pichler: European Union cultural history: introducing the theory of 'paradoxical coherence' to start mapping a field of research, in: *Journal of European Integration* 1/2018, S. 1–16.
- Andrea L. P. Pirro/Stijn Van Kessel: United in opposition? The populist radical right's EU-pessimism in times of crisis, in: *Journal of European Integration* 4/2017, S. 405–420.
- Ania Plomien: EU social and gender policy beyond Brexit: towards the European Pillar of Social Rights, in: *Social Policy and Society* 2/2018, S. 281–296.
- Polly Polak: The UK Withdrawal Agreement As a Sui Generis EU International Treaty and Its Admissibility to the CJEU's Opinion Procedure, 2018, abrufbar unter: [https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract\\_id=3161561](https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=3161561) (letzter Zugriff: 1.11.2018).
- Johannes Pollak/Michael Kaeding/Paul Schmidt (Hrsg.): *The Future of Europe: Views from the Capitals*, Basingstoke 2019.
- Jonathan Portes: Cost of no deal revisited. UK in a Changing Europe, 2018, abrufbar unter: <http://ukan-deu.ac.uk/wp-content/uploads/2018/08/Cost-of-No-Deal-Revisited.pdf> (letzter Zugriff: 1.11.2018).
- Lucas Rasche: More money, fewer problems? How the 'Migration Crisis' affected funding under the MFF, Jacques Delors Institute 2018, abrufbar unter: [https://www.delorsinstitut.de/2018/wp-content/uploads/2018/09/20180910\\_MFF-Migration-Rasche.pdf](https://www.delorsinstitut.de/2018/wp-content/uploads/2018/09/20180910_MFF-Migration-Rasche.pdf) (letzter Zugriff: 1.11.2018).
- Zane Rasnaca/Sotiria Theodoropoulou: Strengthening the EU's Social Dimension: Using the EMU to Make the Most Out of the Social Pillar, in: ETUI Research Paper - Policy Brief 5/2017, abrufbar unter: [https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract\\_id=3103662](https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=3103662) (letzter Zugriff: 1.11.2018).
- Kacper Rekawek/Stanislaw Matějka/Viktor Szucs/Tomáš Beňuška/Karin Kajzarová/Jakub Rafay: Who are the European jihadis? From criminals to terrorists and back?, Globsec Policy Institute, Project midterm report, 2018, abrufbar unter: [https://www.globsec.org/wp-content/uploads/2018/09/GLOBSEC\\_WhoAreTheEuropeanJihadis.pdf](https://www.globsec.org/wp-content/uploads/2018/09/GLOBSEC_WhoAreTheEuropeanJihadis.pdf) (letzter Zugriff: 1.11.2018).
- Marianne Riddervold/Jarle Trondal: Integrating nascent organisations. On the settlement of the European External Action Service, in: *Journal of European Integration* 1/2017, S. 33–47.



- John M. Roberts: Three pipelines and three seas: BRUA, TAP, the IAP and gasification in southeast Europe, Atlantic Council 2018, abrufbar unter: [http://www.atlanticcouncil.org/images/publications/Three\\_Seas\\_and\\_Three\\_Pipelines\\_WEB.pdf](http://www.atlanticcouncil.org/images/publications/Three_Seas_and_Three_Pipelines_WEB.pdf) (letzter Zugriff: 1.11.2018).
- George Ross/Jane Jenson: Reconsidering Jacques Delors' leadership of the European union, in: *Journal of European Integration* 2/2017, S. 113–127.
- Jens Rydgren: *The Oxford Handbook of the Radical Right*, Oxford 2018.
- Lucrezia Sapienza: Russia and the Baltics: a testing ground for NATO–EU defence cooperation, *Istituto Affari Internazionali Commentaries* 47/2018, abrufbar unter: <http://www.iai.it/sites/default/files/iaicom1847.pdf> (letzter Zugriff: 1.11.2018).
- André Sapir: High public debt in euro-area countries: comparing Belgium and Italy, in: *Bruegel Policy Contribution* 15/2018, abrufbar unter: [http://bruegel.org/wp-content/uploads/2018/09/PC-15\\_20183.pdf](http://bruegel.org/wp-content/uploads/2018/09/PC-15_20183.pdf) (letzter Zugriff: 1.11.2018).
- Arjan H. Schakel: Rethinking European Elections: The Importance of Regional Spillover Into the European Electoral Arena, in: *Journal of Common Market Studies* 3/2018, S. 687–705.
- Fritz W. Scharpf: There is an alternative: A two-tier European currency community, *MPIfG Discussion Paper* 2018, abrufbar unter: [https://www.mpifg.de/pu/mpifg\\_dp/2018/dp18-7.pdf](https://www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/2018/dp18-7.pdf) (letzter Zugriff: 1.11.2018).
- Frank Schimmelfennig(a): Brexit: differentiated disintegration in the European Union, in: *Journal of European Public Policy* 8/2018, S. 1154–1173.
- Frank Schimmelfennig(b): European integration (theory) in times of crisis. A comparison of the euro and Schengen crises, in: *Journal of European Public Policy* 7/2018, S. 969–989.
- Franziska Schmidt: Drivers of Populism: A Four-country Comparison of Party Communication in the Run-up to the 2014 European Parliament Elections, in: *Political studies* 2/2018, S. 459–479.
- Vivien A. Schmidt: Rethinking EU Governance: From 'Old' to 'New' Approaches to Who Steers Integration, in: *Journal of Common Market Studies* 2018.
- Julia Schulte-Cloos: Do European Parliament elections foster challenger parties' success on the national level?, in: *European Union Politics* 3/2018, S. 408–426.
- Daniel Seikel: The European Pillar of Social Rights: an analysis, in: *Policy Brief* 17e/2017.
- Marco Siddi: Russia's evolving gas relationship with the EU: trade surges despite political crises. *Ulkopoliittinen Instituutti/Finnish Institute of International Affairs Briefing Paper* 246/2018, abrufbar unter: [https://storage.googleapis.com/upi-live/2018/09/bp246\\_eu\\_russia\\_gas\\_relations2.pdf](https://storage.googleapis.com/upi-live/2018/09/bp246_eu_russia_gas_relations2.pdf) (letzter Zugriff: 1.11.2018).
- Michael E. Smith: Transatlantic security relations since the European security strategy: what role for the EU in its pursuit of strategic autonomy?, in: *Journal of European Integration* 5/2018, S. 605–620.
- Eiko Thielemann/Natascha Zaun: Escaping Populism–Safeguarding Minority Rights: Non-majoritarian Dynamics in European Policy-making, in: *Journal of Common Market Studies* 4/2018, S. 906–922.
- Anja Thomas: Ein Paradigmenwechsel im französischen Europadiskurs – Auswirkungen für das deutsch-französische Tandem in der EU?, in: *Integration* 2/2018, S. 128–140.
- Ingeborg Tömmel/Amy Verdun: Political leadership in the European Union: an introduction, in: *Journal of European Integration* 2/2017, S. 103–112.
- Simon Usherwood: The challenges of transition. UK in a Changing Europe 2018, abrufbar unter: <http://ukandeu.ac.uk/wp-content/uploads/2018/09/UKICE-Transition-Report.pdf> (letzter Zugriff: 1.11.2018).
- Femke A. W. J. Van Esch: The paradoxes of legitimate EU leadership. An analysis of the multi-level leadership of Angela Merkel and Alexis Tsipras during the euro crisis, in: *Journal of European Integration* 2/2017, S. 223–237.
- Frank Vandenbroucke/Catherine Barnard/Geert De Baere: *A European social union after the crisis*, Cambridge 2017.
- Sofia Vasilopoulou/Daniel Keith: Renegotiation versus Brexit: The question of the UK's constitutional relationship with the EU, in: *Journal of Common Market Studies* 2018.
- Rüdiger Voigt (Hrsg.): *Handbuch Staat*, Wiesbaden 2018.
- Laurent Warlouzet: Britain at the Centre of European Co-operation (1948–2016), in: *Journal of Common Market Studies* 4/2018, S. 955–970.
- Fabio Wasserfallen: Policy Diffusion and European Public Policy Research, in: Edoardo Ongaro/Sandra Van Thiel (Hrsg.): *The Palgrave Handbook of Public Administration and Management in Europe*, London 2018, S. 621–633.

- Derek Watson/John Husband/Stanley Yap/Karen Hetherington/Sophia Pandi: A Dog's Brexit for UK Food Manufactures, in terms of Food Safety Culture, in: *Journal of Applied Microbiological Research* 1/2018, S. 27–34.
- Wolfgang Wessels/Johannes Wolters(a): Europäische Union, in: Rüdiger Voigt (Hrsg.): *Handbuch Staat*, Wiesbaden 2018, S. 677–690.
- Wolfgang Wessels/Johannes Wolters(b): Schlüsselinstitution der Europäischen Union: Der Europäische Rat, in: Peter Becker/Barbara Lippert (Hrsg.): *Handbuch Europäische Integration*, Wiesbaden 2018, S. 1–25.
- Alasdair R. Young: European trade policy in interesting times, in: *Journal of European Integration* 7/2017, S. 909–923.
- Dick Zandee: PESCO implementation: the next challenge, *Clingendael Policy Report*, 28. September 2018, abrufbar unter: <https://www.clingendael.org/publication/pesco-implementation-next-challenge> (letzter Zugriff: 1.11.2018).